

Allgemeine Geschäftsbedingungen der

EMAILBRIEF GmbH
An der Fohlenweide 24
67112 Mutterstadt
Rheinland-Pfalz / Germany

Stand: 31.07.2018

§1 Geltungsbereich

1. Diese Allgemeine Geschäftsbedingungen, nachfolgend AGB genannt, gelten für alle mit der EMAILBRIEF GmbH (nachfolgend Auftragnehmer), mit Sitz an der Fohlenweide 24, 67112 Mutterstadt, HRB: 65457, Registergericht, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, geschlossenen Verträge. Insbesondere die Nutzung der EMAILBRIEF E-Mail-Funktion und der API. Der Geltungsbereich schließt vermittelte Leistungen mit ein.
2. Der Auftragnehmer ist im Rahmen der Erfüllung seiner Dienstleistung berechtigt, die dafür nötigen personenbezogenen Daten des Auftraggebers zu erheben, der Umgang mit Daten ist in der aus unserer Internetpräsenz einzusehenden Datenschutzerklärung einzusehen. Diese ist Bestandteil des Gesamtvertrages.
3. Vertragsgegenstand ist das Drucken, Kuvertieren, Frankieren und Übergeben von Briefsendungen an einen Postdienstleister. Dies ist im Regelfall die Deutsche Post AG. Die Zustellung der versandfertigen Dokumente ist explizit nicht Bestandteil dieses Vertrages. Die EMAILBRIEF GmbH übergibt die Briefe nur im bevollmächtigten Auftrag an den Postdienstleister. Daher wird der Vertrag zur Zustellung der Briefe zwischen dem Auftragnehmer und dem Postdienstleister geschlossen.
4. Der Auftraggeber bevollmächtigt den Auftragnehmer, für die durch den Auftraggeber eingesendeten Briefe, einen Postdienstleister zur Zustellung dieser zu beauftragen.
5. Für die Zustellung der Briefe gelten daher die AGB des jeweiligen Postdienstleisters.
6. Die AGB gelten auch für zukünftige Geschäfte zwischen beiden Vertragsparteien, auch wenn nicht erneut auf die AGB hingewiesen wird.
7. Über nachträgliche Änderungen dieser AGB wird der Auftragnehmer, über die von ihm im Nutzerbereich von EMAILBRIEF hinterlegte primäre Kontakt-E-Mail-Adresse informiert. Diese gelten, wenn der Auftragnehmer entweder zustimmt oder dieser innerhalb von vier Wochen nach der Zugang nicht schriftlich ablehnt.

§ 2 Sonstiges

1. Diese AGB und die gesamten Rechtsbeziehungen der Parteien unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG).
2. Erfüllungsort ist der Geschäftssitz des Auftragnehmers. Gerichtsstand ist der Sitz Ludwigshafen am Rhein.
3. Mit der Registrierung werden durch den Auftragnehmer personenbezogene Daten erhoben. Mit der Registrierung stimmt der Auftragnehmer zu, dass er selbständig prüft, ob für den Versand eines Vertrages zur Auftragsdatenverarbeitung (DSGVO Art. 28) erforderlich ist. Näheres hierzu in unserer Datenschutzerklärung.
4. Alle Vereinbarungen, die zwischen den Parteien zwecks Ausführung dieser Geschäftsbedingung getroffen werden, sind in diesen AGB schriftlich niedergelegt. Werden zusätzliche Vereinbarungen getroffen, bedürfen dieser der Schriftform.
5. Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein oder werden oder eine Lücke enthalten, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Regelung eine solche gesetzlich zulässige Regelung zu treffen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Regelung am nächsten kommt.

§3 Auftragserteilung, Widerruf, Formatprüfung

1. Für jeden via E-Mail, Upload oder API eingesendeten Brief, wird ein Auftrag zur Verarbeitung erteilt. Mit Übergabe der gedruckten und kuvertierten Briefe, hat der Auftragnehmer seine vertraglichen Pflichten erfüllt.
2. Bei den Briefen führt die EMAILBRIEF GmbH eine Prüfung des Sichtfensterkuverts (Formatcheck) durch, um Schwierigkeiten bei dem Briefversand zu vermeiden. Diese Prüfung ist lediglich eine Hilfe, der Auftraggeber bleibt selbst verpflichtet, den Brief nach DIN-5008-B Standard korrekt zu erstellen.
3. Mit Einsenden von Dateien erteilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer den Auftrag, mit der Leistungserbringung möglichst zeitnah und damit insbesondere vor Ablauf der gesetzlichen Widerrufsfrist zu beginnen. Eine Stornierung ist daher ausschließlich über die Funktion „Jetzt Brief stoppen“ in der Empfangsbestätigung und dem Nutzerbereich von EMAILBRIEF möglich. Dieser Widerruf kann spätestens 15 Minuten nach der Einsendung erfolgen, da danach der Brief bereits verarbeitet wurde.
4. Ein Verbraucherwiderrufsrecht im Sinne des § 312 g Abs. 1 BGB besteht nicht, da die Briefe gemäß Kundenwunsch erstellt werden, insoweit auf die persönlichen Bedürfnisse des Auftraggebers zugeschnitten sind, § 312 g Abs. 2 Nr. 1 BGB.

§4 Preise, Bezahlung, Sonderfall: nachträgliche Preisänderung

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Empfangsbestätigungen oder Einträge im Nutzerbereich, selbständig, spätestens 15 Minuten nach Einsendung des Auftrages zu prüfen. Ist der Auftrag bis Ablauf der 15-minütigen Frist nicht durch den Auftraggeber gestoppt, wird er für diesen kostenpflichtig, da die Datei bereits durch den Auftragnehmer verarbeitet wird.
2. Es gelten die auf der Internetpräsenz des Auftragnehmers www.emailbrief.de/preise veröffentlichten Preise.
3. Die Bezahlung erfolgt im Regelfall durch ein Guthabenkonto. Dieses wird durch den Auftraggeber aufgeladen, er erhält im Gegenzug EMAILBRIEF-Coins, den Gegenwert der EMAILBRIEF-Coins veröffentlicht EMAILBRIEF, unter www.emailbrief.de/preise.
4. Durch die Einzahlung von Guthaben erwirbt der Auftraggeber EMAILBRIEF-Coins, der Gegenwert dieser, kann sich auch nach Erwerb ändern. Dies kann passieren, wenn die Deutsche Post AG ihr Porto erhöht. Der Wert der Coins wird dann prozentual zur Preisänderung der Deutschen Post AG angepasst.
5. EMAILBRIEF erhält ein rabattiertes Porto der Deutschen Post AG, nur so ist es möglich unseren Kunden einen Preis unterhalb des Preises einer Briefmarke anzubieten. Dieser Portorabatt ist an sogenannte „Teilleistungsrabatte“, gebunden, d.h. Schritte die EMAILBRIEF übernimmt, wie z.B. Sortierung und Garantie für Maschinenlesbarkeit der Briefe um Leistungen der Post zu übernehmen und so einen Rabatt zu erhalten. Ändern sich hier die Anforderungen oder Rabatte, sind dies Kosten, die wir auch im Nachhinein an unsere Kunden weitergeben müssen.
6. Das Guthaben verjährt nach drei Jahren, gemäß § 195 BGBG „Regelmäßige Verjährungspflicht“.
7. Angebrochenes Guthaben kann nicht wieder ausgezahlt werden.
8. Noch nicht angebrochenes Guthaben kann zum Schutz des Auftraggebers nur gegen Kopie eines Personalausweises, sowie einer Gewerbeanmeldung/HRB-Eintrag ausgezahlt werden.
9. Sollte in Ausnahmefällen der Versand auf Rechnung erfolgen, wird diese ab Erhalt durch den Auftraggeber unverzüglich fällig. Die Rechnung wird dem Auftraggeber per Brief oder über die im EMAILBRIEF-Nutzerbereich hinterlegte E-Mail-Kontaktadresse zugestellt.
10. Wird diese Rechnung nicht innerhalb von 14 Tagen ab Erhalt durch den Auftraggeber bezahlt, ist der Auftragnehmer berechtigt eine Gebühr von 10% der Rechnungssumme zu erheben. Dies ist nötig, da der Auftragnehmer das Brief-Porto und damit einen erheblichen Teil der entstehenden Kosten für den Auftragnehmer vorfinanziert.
11. Sämtliche Preise die durch den Auftragnehmer genannt werden verstehen sich zzgl. der jeweils gültigen gesetzlichen Mehrwertsteuer, ebenso also Euro-Beträge.

§5 Haftung

1. Der Auftragnehmer haftet, sofern ihm Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt. Für einfache Fahrlässigkeit haftet er nur bei Verletzung einer Pflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertrauen darf (sog. Kardinalpflichten).
2. Sofern der Auftragnehmer gemäß Abs. 1 für einfache Fahrlässigkeit haftet, ist seine Haftung auf den Schaden begrenzt, mit dessen Entstehen er nach den bei Vertragsschluss bekannten Umständen typischerweise rechnen musste.
3. Die maximale Schadenshaftung des Auftragnehmers ist auf den Auftragspreis, im Höchstfall allerdings 5.000€ begrenzt.